

GROSSER RAT

GR.18.237

VORSTOSS

Postulat Christoph Riner, SVP, Zeihen (Sprecher), Alfons Paul Kaufmann, CVP, Wallbach, Franco Mazzi, FDP, Rheinfelden, Dr. Bernhard Scholl, FDP, Möhlin, Daniel Suter, FDP, Frick, Elisabeth Burgener, SP, Gipf-Oberfrick, Colette Basler, SP, Zeihen, Werner Müller, CVP, Wittnau, Désirée Stutz, SVP, Möhlin, Daniel Vulliamy, SVP, Rheinfelden, Claudia Rohrer, SP, Rheinfelden, Peter Koller, SP, Rheinfelden, Roland Agustoni, GLP, Rheinfelden, Kathrin Hasler, SVP, Hellikon, Andreas Fischer Bargetzi, Grüne, Möhlin, vom 20. November 2018 betreffend Reform Berufsfachschulen – Berücksichtigung der Regionen bei der Standortwahl

Text:

Der Regierungsrat wird gebeten, bei der geplanten Reform der Berufsschulen den regionalen Gegebenheiten des Kantons ebenso Rechnung zu tragen wie dem Fakt, dass die Zahl der BerufsschülerInnen künftig wieder ansteigen wird und sich sowohl Berufsausbildung als auch Berufsbilder massgeblich verändern werden.

Die Unterzeichnenden befürworten daher die Schaffung von Kompetenzzentren in den bisherigen Regionen, statt der Konzentration auf einige wenige Standorte innerhalb eines engen Perimeters. Dadurch soll in Absprache mit den Berufsverbänden die bestehende Verteilung auf die vorhandene Infrastruktur derart reorganisiert werden, dass sowohl den Bedürfnissen der Lernenden, der Schulen, der Berufsverbände und der Regionen wie auch den Sparbemühungen des Regierungsrats Rechnung getragen wird. Denn durch die sinnvollere Verteilung resp. Aufteilung der einzelnen Berufsfelder kann eine höhere Auslastung erreicht werden, was zu einer Kostenoptimierung führt. Mit dieser Lösung können sowohl die ansteigende Zahl an Berufsschülerinnen wie auch andere künftige Veränderungen bei den Berufsbildern selbst berücksichtigt werden, ohne dass grosse Investitionen notwendig werden.

Begründung:

Mit der Reform der Berufsfachschulen wird die Bildung von Kompetenzzentren mit grösseren Abteilungen und einer beruflichen Durchlässigkeit angestrebt. Dies könnte allenfalls auch zu einem geringeren Raumbedarf führen. Allerdings stellt sich die Frage, ob dadurch tatsächlich finanzielle Einsparungen erzielt werden können und welche negativen Folgen für ganze Regionen, SchülerInnen und Gewerbe entstehen.

Sollte der Regierungsrat zur Ansicht gelangen, dass ein oder mehrere Berufsschulstandorte geschlossen werden sollen, ist der Verteilung von Berufsfachschulstandorten in verschiedenen Regionen dringend Rechnung zu tragen. Der Kanton Aargau ist ein Kanton der Regionen, eine Beschränkung von Schulstandorten auf einen engen Perimeter wird dieser Tatsache nicht gerecht. Gerade im Hinblick auf die rasche digitale Entwicklung, insbesondere 4.0, müssen genügend Ressourcen für die Zukunft geschaffen werden. Die zu schaffenden Kompetenzzentren müssen sich rasch anpassen, können und müssen ausbaufähig sein. Einige Berufsfelder werden sich in den nächsten Jahren

sehr stark verändern, dies muss im Gesamtkonzept der Reform unter allen Umständen berücksichtigt werden. Es muss daher unter allen Umständen langfristig geplant werden.

Mitunterzeichnet von 42 Ratsmitgliedern